Politik und Gesellschaft = Politique et société

Objekttyp: **Group**

Zeitschrift: **Bulletin des Schweizerischen Elektrotechnischen Vereins, des Verbandes Schweizerischer Elektrizitätsunternehmen = Bulletin de l'Association Suisse des Electriciens, de l'Association des Entreprises électriques suisses**

Band (Jahr): **91 (2000)**

Heft 8

PDF erstellt am: **31.05.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

Politik und Gesellschaft
Politique et société

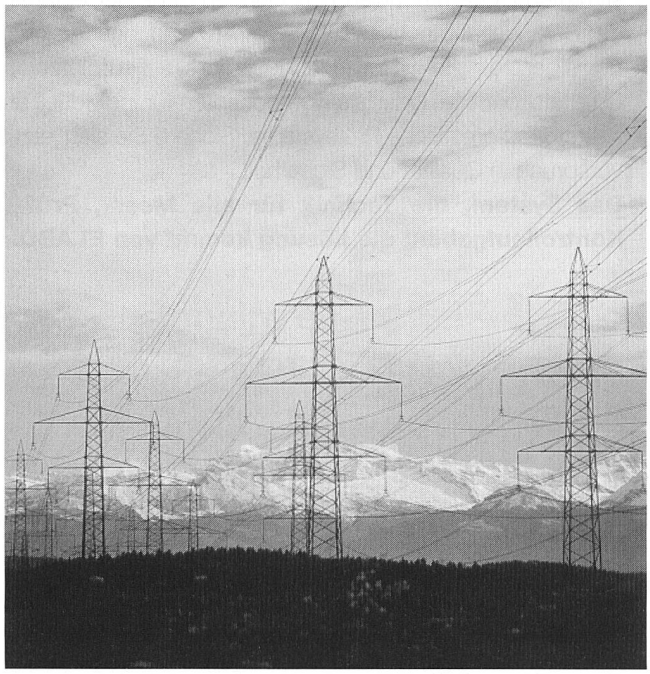
Gefährden Nicht-EU-Staaten den Strom-Binnenmarkt?

(vdew) In der Europäischen Union (EU) befindet sich der Strommarkt bereits seit über einem Jahr zumindest ansatzweise im Wettbewerb. Einige Mitgliedstaaten haben ihre Märkte vollständig liberalisiert, wogegen andere ihre nationale Gesetze immer noch nicht umgesetzt haben. Aus dem unterschiedlichen Liberalisierungsgrad ergeben sich Wettbewerbshemmnisse, welche die Mitgliedstaaten anhand der sogenannten Reziprozität zumindest zum Teil ausgleichen können.

Auch Nicht-EU-Staaten wie die Schweiz, aber auch Polen, die Tschechische Republik oder Ungarn, versuchen vielfach, sich auf dem liberalisierten deutschen Strommarkt zu platzieren. Sie streben an, die freie Kundenwahl, die es im eigenen Land noch nicht gibt, in bereits liberalisierten Märkten zu praktizieren.

Auf einem Eurelectric-Workshop am 20. Januar 2000 in Brüssel überwog die Meinung, Stromimporte aus Nicht-EU-Staaten unterlägen auch der sogenannten Reziprozität. Der Gleichbehandlungsgrundsatz im Welthandel umfasse naturgemäss auch die Reziprozität. Damit dürfen Stromimporte aus Nicht-EU-Staaten immer dann abgelehnt werden, wenn im Ursprungsland Monopolstrukturen herrschen. Zum Teil erachteten die Fachleute sogar das «Umweltdumping» als legitimen Ablehnungsgrund für Stromimporte aus Staaten mit niedrigen Umweltstandards.

Um rechtliche Sicherheit zu schaffen, verhandelt die Europäische Kommission zurzeit insbesondere mit der Schweiz über ein bilaterales Abkommen, das eindeutig Bezug auf die Reziprozitätsklausel nehmen soll. Ziel ist es, ähnliche bilaterale Abkommen mit den Ost-Anrainer-Staaten abzuschliessen.



Gefährden Stromimporte aus der Schweiz den EU-Strom-Binnenmarkt?

Gebirgskantone zur Energieabstimmung

(efch) Die Regierungskonferenz der Gebirgskantone (RKGK) teilte mit, dass die Gebirgskantone an den voraussichtlich im Herbst zur Abstimmung gelangenden Vorlagen zu den Energieabgaben ein dreifaches Ja unterstützen werden: Ja zur Energieabgabe von 0,3 Rappen, zur Solarinitiative und zur Grundnorm für die ökologische Steuerreform. Bei einer Stichfrage zwischen Energieabgabe und Solarinitiative gebe sie der Energieabgabe den Vorzug, weil die Mittel differenzierter eingesetzt würden und die einheimische Wasserkraft ausdrücklich gefördert würde.

Diskussion um Fristen des deutschen Atomausstiegs

(efch) Die deutsche Regierung hat kürzlich nochmals ihre Entschlossenheit bekräftigt, dass die Kernkraftwerke in Deutschland nach 30 Jahren Laufzeit abgeschaltet werden und dieses Vorhaben durch die Verfassung gestützt sei. Bundeskanzler Gerhard Schröder reagierte damit auf eine Erklärung des bayrischen Ministerpräsidenten Stoiber, der die EU-Kommission ersucht habe, abzuklären, ob ein Ausstieg Deutschland aus der Kernenergie gegen Gemeinschaftsrecht verstosse. Ein neuer Vorschlag von Schröder ist, anstelle der starren Laufzeit von Kernkraftwerken eine feste Strommenge festzulegen.

Der Blitzableiter

Merkwürdige Demokratie

Die Rechtsauffassung von Mitgliedern der deutschen Bundesregierung über den Atomausstieg ist für ein demokratisches System erstaunlich, sagen mir die Juristen. So kann es doch eine Unumkehrbarkeit des Atomausstiegs schon aus Gründen des Demokratieprinzips nicht geben. Auch der Deutsche Bundestag kann nur für die Periode, für die er gewählt wurde, verbindliche Festlegungen treffen. Eine Bindung nachfolgender Parlamente und damit Generationen kann es rechtlich nicht geben. Bundesregierung und Parlamentsmehrheit haben ein demokratisches Mandat zur Umsetzung des Atomausstiegs. Dieses findet seine Grenzen jedoch an den Grundrechten. Grundrechte dienen dem Minderheitenschutz. Verfassungsrechtlicher Anknüpfungspunkt für die Beurteilung des Atomausstiegs ist das Eigentum der Kraftwerksbetreiber an ihren Anlagen. Dieses Eigentum würde durch einen gesetzlich angeordneten Atomausstieg praktisch «entleert». Diese «Entleerung» ist eine Enteignung, die nur gegen angemessene Entschädigung zulässig ist. Die Enteignung ist eine «ultima ratio». Sie ist nur aus zwingenden Gründen des Gemeinwohls zulässig.

B. Frankl

Fernwärmewerk Spittelau in Wien, gebaut 1992 nach den Plänen von Hundertwasser.

Ungradlinig

(m) Die gerade Linie sei die einzige Form, die es in der Natur nicht gäbe, so der Architekt Friedensreich Hundertwasser. Der im Februar verstorbene Österreicher schaffte es, trotz seiner umstrittenen Kunst in die Galerie der «Grossen» des 20. Jahrhunderts aufgenommen zu werden. Eines seiner grössten Bauwerke ist das Fernwärmewerk Spittelau mitten in einem Wiener Wohnquartier. Es könnte als Anregung dafür dienen, wie man grössere lokale Akzeptanz für Kraftwerkbauten erreichen könnte.

Liberalisierung des Strommarkts fördert Dreckschleudern in Osteuropa

(sm) Infolge der Liberalisierung des Strommarktes in Deutschland werden nach Informationen des ZDF eine Reihe umweltgefährdender Kraftwerke in Mittel- und Osteuropa in Betrieb bleiben. In einer unveröffentlichten Studie prognostiziert das Wuppertaler Institut für Klimaforschung einen starken Anstieg der Stromimporte aus dieser Region in den kommenden zehn Jahren. Das Institut sieht darin – gerade bei einem deutschen Ausstieg aus der Atomenergie – eine Verlagerung der mit der Kernenergienutzung verbundenen Risiken ins Ausland. Als besonders problematisch wird bewertet, dass die Betreiber von Kernkraftwerken in Ost- und Mitteleuropa einen Anreiz erhalten, grösstenteils veraltete und unsichere Anlagen noch möglichst lange laufen zu lassen.

EU klagt gegen Luxemburg

(vwd) Wegen bislang mangelhafter Umsetzung der EU-Vorschriften zur Liberalisierung des Elektrizitätsmarkts wird die Europäische Kommission gegen Luxemburg beim Europäischen Gerichtshof klagen. Wie die Behörde diese Entscheidung erläuterte, hätte die Richtlinie über den Strombinnenmarkt (96/92/EG) bis Februar vergangenen Jahres umgesetzt werden müssen. Längere Fristen waren nur Griechenland (Februar 2001) sowie Belgien und Irland (Februar 2000) eingeräumt worden.

Kohlekraftwerk in Osteuropa.

Strommarkt Österreich bereits 2001 liberalisiert?

(vw)) Österreichs neuer Wirtschaftsminister Martin Bartenstein erwartet, dass die geplante vollständige Öffnung des Strommarktes des Landes bereits im Jahr 2001 realisiert werden kann. In diesem Fall würde die Liberalisierung den österreichischen Haushalten Einsparungen, wenn auch nur von ein paar Groschen, bescheren. «Die Netzabgabe von zehn Groschen sollte durch die Senkung mindestens kompensiert werden», meinte Bartenstein.

«Eigenversorger» pachten Kraftwerke

(zf) Österreichs Strommarkt ist zurzeit offiziell nur für Grosskunden mit mehr als 40 Mio. kWh Jahresabnahme geöffnet. Kleinere Verbraucher können hier jedoch auch mitmachen – sofern sie Konzernfilialen sind und gemeinsam auf die nötige Strommenge kommen. Um gesetzeskonform zu liefern, bedarf es zudem eines Tricks: Mit einem «Pachtmodell» hat die gemeinsame Vertriebstochter der Wiener Stadtwerke und der Energieversorgung Niederösterreich (EVN) in den letzten Monaten eine Reihe von «Kettenkunden» gewonnen, die zusammen rund 700 Mio. kWh jährlich abnehmen.

Statt Strom zu verkaufen, werden dabei Kraftwerke an «Eigenversorger» verpachtet. Denn während das Elektrizitätswirtschafts- und Organisationsgesetz (Elwog) einzelnen Filialen Marktzugang verweigert, erlaubt es dem Konzern bei entsprechend hohem Gesamtverbrauch, Strom aus eigenen Anlagen an alle Abnahmestellen der Firma durchzuleiten. Der erste Vertrag kam mit der Billa-Gruppe zustande. Der Einzelhandels- und Drogeriekonzern zählt mit gut 400 Mio. kWh Jahresabnahme an 1600 Standorten zu den grössten Stromverbrauchern des Landes. Inzwischen haben sich weitere Bündelkunden für das Pachtmodell entschieden, unter anderen eine Restaurant- und zwei Möbelhausketten.

Billa-Verkaufsläden: billigerer Strom als Kettenkunde.

Faute de réciprocité: rétorsion néerlandaise

(ep) Le Gouvernement néerlandais interdit l'importation d'électricité en provenance de plusieurs pays qui n'offrent pas la réciprocité aux électriciens néerlandais. La Suisse figure parmi les proscrits. La France, devenue maître dans l'art de protéger son marché, est évidemment visée par cette mesure. Mais elle est loin d'être le seul pays concerné par cette décision. Pas moins de dix Etats se retrouvent sous le coup de cette interdiction de franchir la frontière électrique néerlandaise, via les contrats bilatéraux, entre un producteur de courant et un industriel, ou en passant par le marché spot d'Amsterdam (APX). Outre la France, sont visés le Danemark, la Suisse, le Portugal et la Belgique.

Gigantische Preisausschläge in Amsterdam

(zk) Importrestriktionen und sogenannte Protokollvereinbarungen haben an der Amsterdamer Strombörse APX zu extremen Preisausschlägen in der Bandbreite von 42 bis 500 Euro/MWh geführt. Ein Kompromiss soll der hohen Volatilität vorbeugen. Danach können die Verteiler nun zusätzliche Strommengen zu Festpreisen abnehmen. Die Verteiler Remu und Eneco hatten sich mit zu geringen Mengen eingedeckt und mussten, um Strafpreise für zusätzliche Spitzenlast zu vermeiden, vermehrt über die Börse ordern, was die Preise nach oben trieb. Auf einen Ausbau der Importkapazität will die Regierung indessen verzichten.

Monopole italien de production: la fin en 2003?

(ep) Gestion du réseau de transport, démantèlement du monopole de production, dédommagement des investissements non amortissables: le Gouvernement italien engage la libéralisation du secteur électrique par décrets, avec l'année 2003 en point de mire. Un premier décret a été signé le 21 janvier, qui définit les modalités de la gestion du réseau de transport (GRT). Le deuxième décret, relatif à la cession des 15 000 mégawatts de capacité de production par la grande régie nationale Enel, était promulgué le 25 janvier. Le Gouvernement italien a signé le 26 janvier un décret qui prévoit le versement d'un montant global de près de 13 milliards de francs à l'entreprise d'électricité nationale Enel en guise de dédommagement pour les investissements non amortissables résultant de l'ouverture du marché de l'électricité.

13 Milliarden Franken NAI für Enel

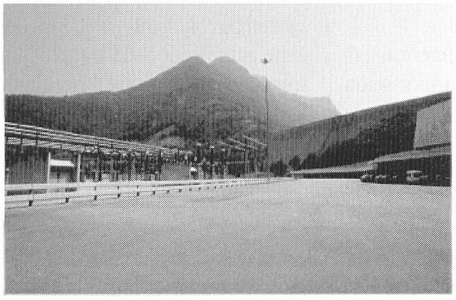
(m/ep) Die italienische Regierung hat ein Dekret unterzeichnet, der die Entschädigung der Enel bezüglich der nicht amortisierbaren Investitionen vorsieht. Diese Übergangskosten infolge der Liberalisierung der Strommärkte werden global mit 13 Mrd. Franken beziffert.

Grösstes Wasserkraftwerk der Welt in Indien?

(d) Für rund 36 Milliarden Franken will die indische Regierung das grösste Wasserkraftwerk der Welt bauen. Die Generatoren am Fluss Brahmaputra im Nordosten des Landes sollen im Jahr 2008 mit 21 000 MW Leistung den Betrieb aufnehmen.

Aufschwung bei der Maschinenindustrie

(sm) Der Aufschwung hat im 4. Quartal 1999 auch in der Maschinen-, Elektro- und Metallindustrie (MEM-Industrie) Tritt gefasst. Im Vergleich zur Vorjahresperiode verzeichnete die Branche 12,3% mehr Aufträge. Dank diesem Wachstumsschub zum Jahresende resultierte auf Jahresbasis im Vorjahresvergleich nur noch ein knappes Minus bei den Auftragseingängen (–0,8%). Mit einem Rückgang von 7,7% bei den Umsätzen hinterliess die schlechte erste Jahreshälfte aber noch deutliche Spuren. Die Exporte der MEM-Industrie konnten 1999 leicht um 3,2% auf knapp über 52 Mrd. Franken gesteigert werden. Gute Exportaussichten, ein günstiges Wechselkursumfeld und eine robuste Binnenkonjunktur lassen für das laufende Jahr auf ein kräftiges Wachstum bei den Auftragseingängen schliessen.



Pumpspeicher-Kraftwerk Entracque der Enel.

Energienotizen aus Bern

Schweiz beteiligt sich an sieben neuen internationalen Projekten

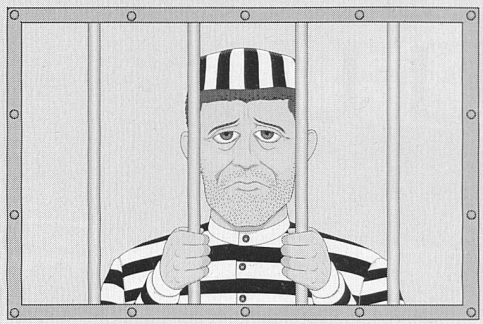
(bfe) Der Bundesrat hat beschlossen, dass die Schweiz an sieben neuen Energieforschungsprojekten der Internationalen Energie-Agentur (IEA) teilnehmen wird. Die Projekte betreffen Diagnosemöglichkeiten im Gebäudebereich, Brennstoffzellen für den Transport und spezielle Techniken in der Sonnenenergienutzung.

Sozialpartner der Schweizer Maschinenindustrie im Internet

(sm) Mit einem neuen Internet-Auftritt erläutern die Sozialpartner der Maschinenindustrie die Bedeutung des Gesamtarbeitsvertrags (GAV) für die Beschäftigten. Sie wollen gleichzeitig das Verständnis für die Vorteile der Schweizer Sozialpartnerschaft fördern. Der auf www.sozialpartner.ch präsentierte GAV, der auch als «Friedensabkommen» bekannt ist, gilt für über 130 000 Beschäftigte in rund 600 Betrieben der Maschinen-, Elektro- und Metallindustrie.

«Absolument pas»

(ep) «Le Gouvernement français n'envisage absolument pas de privatiser tout ou partie d'Electricité de France», vient de rappeler Christian Pierret, secrétaire d'Etat à l'Industrie.

Stromausfall begünstigte Flucht

(d) Die Notstromversorgung für die Strafanstalt Thorberg in Krauchthal BE soll verbessert werden. Die heutige reicht nur für gut zwei Stunden, was vier Insassen nach dem Sturm «Lothar» für eine Flucht nutzten. Wegen der geringen Kapazität der Notstromgruppe war die Sicherheitsanlage des Thorbergs in der Nacht nach dem Stephanstag 1999 rund zehn Stunden ohne Strom.